

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

57 (8.3.1919)

Badische Nationalversammlung.

Gr. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Nach Annahme des Gesetzentwurfs über die Steuererhebung und des Staatsvoranschlags wurden verschiedene Interpellationen beraten, von denen vor allem die Interpellation Bösch u. Gen. bezüglich der Wohnungsfrage eine weitgehende Bedeutung beanspruchen kann.

Bei der Resolution bezüglich der Arbeitslosenfrage wurden eine Reihe von Wünschen geäußert, nachdem Verkehrsminister Müller verschiedene Lohnaufzulagen gemacht hatte. Die Besetzung der Arbeitslosen wird eine Hauptfrage des Verkehrsministeriums bilden.

gr. Karlsruhe, 7. März. 7. öffentliche Sitzung.

Präsident eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr und gibt verschiedene Eingänge bekannt. Weiter ging ein eine Interpellation der Abg. Horter (Soz.) und Gen., um Sach der bei Baustellen beschäftigten Arbeiter und um Erlass neuer Schutzvorschriften.

Abg. Öhring (Dem.) berichtet weiter über die Ergebnisse der Kommissionsprüfung. Der Haushaltsausschuß schloß vor, den Antrag, daß der Steuerzuschlag für die Gemeindebesteuerung nicht in Betracht komme, anzunehmen.

Abg. Müller-Karlruhe (Zent.) Es ist verständlich, wenn ich die Petitionen nicht zurückgeben wollen. Die Eisenbahner haben die Teuerung in vollem Umfange auskosten. In wünschen wäre eine entsprechende Heberhebung der Petitionen.

Minister Müller: Die Arbeiter, die draußen an der Front waren, haben eine laufende Familienzulage erhalten: 30 % für die Frau und 20 % für das Kind. Außerdem haben sie eine einmalige Teuerungszulage neben der laufenden erhalten.

Der Zusatzantrag, daß der Steuerzuschlag für die Gemeindebesteuerung nicht in Betracht kommt, wird einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf über die Steuererhebung 1919 und den Staatsvoranschlagsantrag wird einstimmig angenommen.

Darauf wird in die Beratung verschiedener Interpellationen eingetreten.

Abg. Engelhardt (Zent.) begründet die Interpellation bezüglich der Vorbereitungen für den Bahnbau der Strecke Oppenau nach Ories-

bach, wofür 1914/15 bereits 500 000 M. eingestellt wurden, womit den Arbeitslosen Beschäftigung gegeben werden soll. Die Renditebahn sollte der darunterliegenden Fremdenindustrie wieder aufhelfen.

Abg. Geurich (Zent.) Begründet seine Interpellation zur Beschäftigung der Arbeitslosen, um diese von der Straße weg zu bringen. Deshalb sollte die Beschäftigung der Eisenbahntreibe-Emmendingen-Denzlingen in Angriff genommen werden.

Verkehrsminister Müller: Die Regierung hat sofort nach der Demobilisierung dem Problem der Arbeitsbeschaffung das Augenmerk zugewendet. Bis 1. Februar wurden bereits über 4000 Arbeitslose eingestellt und es ist beabsichtigt, noch weitere Arbeitslose einzustellen.

Abg. Gieseler (Zent.) tritt für die Interpellation ein. Der Bau der Renditebahn könnte sofort in Angriff genommen werden.

Abg. Müller-Schoppe (Soz.): Wir begrüßen die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Wir fragen den Minister, wie er die Wohnwünsche berücksichtigen will, wenn Baden Reichsbahnlinien bekommt.

Abg. Felger (Zent.) bittet um Berücksichtigung des Handwerks bei den bevorstehenden Arbeiten. Am Bahnhof in Malsch soll es an Räumen und an einem Zubehör. Es ist nicht richtig, daß die Malscher Arbeiter keinen Anteil an den Gehalts-erhöhungen der Beamten. Es gibt auch noch Leute, die für die Beamten ein Herz haben. (Heiterkeit.)

Abg. Horter (Soz.): Die Erklärung der Regierung über den Bahnhofsneubau in Emmendingen und Freiburg befriedigt uns nicht. Die Vorarbeiten hätten so früh in Angriff genommen werden sollen, daß mit den Arbeiten hätte begonnen werden können, wenn das bessere Wetter es erlaubte.

Abg. Öhring (Dem.) wendet sich gegen eine Zurückstellung der Bahnarbeiten in Emmendingen. Abg. Müller-Karlruhe (Zent.) kann es verstehen, daß man bei heutiger Verlestage nicht alle Bahnbauwünsche erfüllen kann. Wir müssen zu sparen anfangen.

Abg. Geurich (Zent.) wünscht sofortige Inangriffnahme der Bahnlinie Malsch-Emmendingen (Zent.) für die Bahn Emmendingen-Königsbrunn.

Abg. Öhring (Dem.) wendet sich gegen eine Zurückstellung der Bahnarbeiten in Emmendingen. Abg. Müller-Karlruhe (Zent.) kann es verstehen, daß man bei heutiger Verlestage nicht alle Bahnbauwünsche erfüllen kann. Wir müssen zu sparen anfangen.

Abg. Geurich (Zent.) wünscht sofortige Inangriffnahme der Bahnlinie Malsch-Emmendingen (Zent.) für die Bahn Emmendingen-Königsbrunn. Abg. Öhring (Dem.) wendet sich gegen eine Zurückstellung der Bahnarbeiten in Emmendingen.

Abg. Geurich (Zent.) wünscht sofortige Inangriffnahme der Bahnlinie Malsch-Emmendingen (Zent.) für die Bahn Emmendingen-Königsbrunn. Abg. Öhring (Dem.) wendet sich gegen eine Zurückstellung der Bahnarbeiten in Emmendingen.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme.

„Gar nichts, Herr. Mich allem, was Soldat heißt, aus dem Wege zu halten, ist mein einziges Bestreben.“

„Ja, ja — doch nehmt das Geld. Kauft Essen dafür und was wir sonst benötigen.“

Margarete lächelte. „Meint Ihr, ein Krämer wohne an der nächsten Ecke?“

„So weit nicht, als Ihr glaubt — ich bin von Jena aus höchstens eine Stunde bis hierher geritten. Allerdings meist im Galopp. Das Tal, so versteht es sich, kann nicht allzuweit von der Stadt entfernt sein, höchstens zwei Stunden zu Fuß.“

„Wohin — aber —“

„Ihr müßt nicht hingehen.“

„Nein, Herr. Ich habe genug an dem, was ich erbeutet habe. Wieder hierin, als wieder ein Opfer dieses unglücklichen Krieges werden! Ich will versuchen, wo anders etwas aufzufinden.“

„So steht wenigstens das Geld zu Euch.“

„Nein es loht nur die Gahstucht an. In der äußersten Not, sonst nicht, Herr.“

Entschlossen schritt sie der Tür zu. Seine flehende Stimme führte sie jedoch noch einmal zurück.

„Ihr verlaßt mich doch nicht, Margarete?“

„Nicht eher, als bis Ihr für Euch selbst sorgen könnt. Es sei denn, ich falle wieder in Ihre Hand — dann sei Gott Euch und mir gnädig.“

„Danke — wann kehrt Ihr zurück?“

„Wenn ich Glück habe, bald — es kann aber auch Abend werden. Was Ihr bedürft, steht bei Euch.“

„Sagt Euch keiner unnötigen Gefahr aus, Margarete.“

„Belohnt nichts. Uebrigens habe ich Euer Messer und die andere Pistole bei mir. Ihr jaget mir, sie sei noch geladen. Eure andere und der Dolch liegen neben Euch zu Eurer Verteidigung bereit. Ich will sie Euch laden, wenn Ihr mich die Verrichtung lehren wollt.“

Den Munitionskentel hatte Margarete schon früher an dem Pferde ihres Gefährten, das inswischen von Wölfen und Raben bis zum Skelet abgenagt worden war, hängend gefunden und nach Hause mitgenommen. Sie brachte ihn jetzt herbei, worauf Arne sie mit der Handhabung der Waffe bekannt machte.

Unter seiner Leitung lud sie auch die andere Pistole und nahm einige Kugeln in eine Quantität Pulver mit sich. Diesmal schlug sie gerade die entgegengesetzte Richtung von demjenigen ein, aus welcher sie in das Tal gekommen war.

Während sie sinnend nach dem nahen Walde schritt, überlegte sie, wie das Dorf wohl heißen könne, aber sie verfiel auf keinen ihr bekannten Namen. In jener Gegend liegt noch heutigtags die Wüstung Mübbs oder Mübs mit den Ueberresten eines verlassenen Dorfes, sowie einem eigenartigen Schöpfbrunnen, der sich immer wieder von selber füllt. Die Wüstung des Terrains stimmt indessen nicht in allen Punkten überein, auch soll die Bevölkerung von Mübbs bereits im letzten Bruderkriege (1446—51) fast gänzlich haben.

Genaueres läßt sich nicht mehr feststellen, da sowohl im Bruderkriege als im Dreißigjährigen Kriege in Thüringen zahlreiche Dörfer so verödet wurden, daß sie für immer von der Bildfläche verschwanden.

Der Wald selber verhielt wenig für sie angetan, er lieferte nur Holz und Beleuchtung. Sobald sie die freie Flur betrat, fand sie überall die Spuren des Ackerbau und des Dürckmarckes der Soldaten. Wo so ein Heuschreckenhaum vorübergefommen war, hinterließ er nichts als Verheerung, da er es für die Zurückbleibenden weder zu heizen, noch zu broden. Die Hecker und Klauen boten ebenfalls noch nichts, es war ja erst Anfang April. Ein alter Bauer, der verdrießlich sein Gesicht behaltete, führte Margarete zu seiner Frau in ein benachbartes Dorfchen. Die Frau war gutmütig, aber sehr neuwäz, doch war das junge Weib vorwärts genug, ihr über ihren Aufenthalt in Inselbörner ihren Schicksal nichts zu verraten. Sie konnte genugsam den allerdings berechtigten Spott der Bauern gegen die Soldaten. Da denn auch vor, daß sich die Bauern zuammensetzten, um über Nachzügler der Heere herzufallen und die angetane Unbill an ihnen zu rächen. Weder Kranke noch Vermundete wurden gesont. Erhielten die Landleute

nen Markt ohne daß wir die darin früher berechneten Bahnen erstellt haben. Wir müssen damit rechnen, daß wir außerordentlich große Ausfälle bei den Bahnen haben werden. Ich würde es, wie geübt, begrüßen, wenn wir durch Vertrag Reichsbahnlinien bekommen. Wir müssen unser Bahntreibe einseitig leiten: Bau, Betrieb und Verkehr muß in eine Hand gelegt werden. Alles, was verteuert wirkt, muß befreit werden. Die Bauten, die wir geplant haben, müssen durchgeführt werden, auch wenn wir Reichsbahnlinien bekommen. Wir werden in Zukunft eine badische Eisenbahnaktion erhalten, der wir unsere Wünsche vorbringen. Wir werden auch sehen, daß badische Beamte in erster Linie in Baden verwendet werden. Alle diese Fragen werden in Wäld durch Vertrag geregelt werden.

Geheimrat Wolpert teilt mit, daß alles getan wird, um rechtzeitig die Wünsche zu erfüllen. Bei den Tunnelbauten kann man nicht mit wilden Erwartungen vorgehen.

Abg. Geurich (Zent.) befragt die Weiterführung der Muralbahn, ist jedoch mit der Erklärung über die Emmendinger Bahn nicht einverstanden.

Die Verhandlung der Interpellation wird geschlossen.

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur

Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen wir in erster Linie die Lösung der Wohnungsfrage. Die Beschaffung von Mietwohnungen blieb bereits vor dem Kriege hinter dem Bedürfnis zurück. Große Wohnungsnot wurden nicht erreicht, weil diese für den Besitzer rentabel sind. Es tritt nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ein Wohnungselend in Erscheinung. Diese Gefahren werden in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht immer größer. Als Besitzer am Mannheimer Wohnungsamte habe ich da sehr traurige Erfahrungen sammeln können. Durch das dichte Zusammenwohnen erkranken die Leute für die Tuberkulose. Es müssen vor allem von Leuten mit großen Wohnungen so schnell als möglich Zimmer für die Wohnungsuchenden bereitgestellt werden. In diese Reihe ich mich hierdurch. Es liegt auf diesem Gebiete die Notwendigkeit vor, daß sich einer um den andern kümmert. Durch Zusammenstellen der Möbel lassen sich eine Reihe von Wohnungen errichten. Was man hier von den Hausbesitzern und den Inhabern großer Wohnungen verlangt, muß auch beim Staat und der Gemeinde möglich sein. Eine Reihe von Wohnungen können da der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Ferner ist nur eine Anweisung an die Dienststellen nötig. Vor allem möchte ich auf die Forderungen des Heidelberger Wohnungsamtes aufmerksam machen, das eine Reihe wichtiger Vorläufe macht, wenn auch noch weiter gegangen werden muß. Zahllose Kriegsgeltraute und frisch Verheiratete sind ohne Wohnungen; dazu kommen noch die zahllosen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen, die ohne Wohnung sind. Hier muß Hilfe geschaffen werden. Aus Freiburg, vom Westfalen und von den Industriegebieten kommen Klagen wegen der Wohnungsnot. Fremde werden zurückgewiesen, wenn sie eine Wohnung suchen; ihre Steuertratten werden aber nicht zurückgewiesen. Es ist vorzunehmen, daß Leute aus dem Land, wenn landwirtschaftliche Arbeit zu leisten, daß es ihnen jedoch unmöglich war, weil sie keine Wohnung bekommen. (Hört, hört!) Durch die Vertreibung von Deutsche in dem Bauern schaffen wir Arbeitslosigkeit und mindern das Wohlbefinden. Es muß sofort rücksichtslos zugegriffen werden, damit die Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage verbessert werden. Vor allem möchte ich vorschlagen, daß den Stadterverwaltungen das Recht eingeräumt wird, daß sie über Teilbenutzung großer Wohnungen verfügen darf. Ebenso muß über die vom Militärismus bisher noch benutzten Räume verfügt werden. Auch über die freierwerbenden Kasernen und Schießstände muß verfügt werden, um sie für Mietwohnungen zu benutzen. Ferner müssen sämtliche Wohnungen durch den öffentlichen Wohnungsnachweis ermittelt werden und prioris Abmachungen urgulig erklärt werden, um eine Heberhebung zu schaffen. Für die übergroße Zahl der Häuser trifft die Lage der Hausbesitzer nicht zu, daß die Häuser nicht genügend rentieren. Der Hauseigentümer hat in erster Linie den Nutzen von den großen Mietunterstützungen der Gemeinden gehabt. Die Mietsteigerungen werden zu Wasserpreisen in einer Zeit, wo der größte Nahrungsmangel vorhanden ist. Die profitorische Regierung muß alles tun, um den Unwillen, der sich in allen Kreisen der Bevölkerung sammelt, einzudämmen. Hier tut rasche Hilfe not und ichtbare Verfügungen sind am Platze, wenn wir nicht noch tiefer ins Wohnungselend kommen wollen. Wir müssen vor allem auf Schaffung eines Landeswohnungsamtes drängen, in dem der Geist der Neuzeit herrscht. Daneben müssen wir aber die Befähigung im Kampfe gegen die Wohnungsnot

Abg. Bösch (Soz.) begründet hierauf die Interpellation der Abg. Bösch (Soz.) u. Gen.: „Ist die vorläufige Regierung bereit, zur Verbesserung der Wohnungsnot nach Möglichkeit öffentliche Gebäude, insbesondere auch die Kasernen, für Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen? Von allen Zeiten haben wir von den Wirkungen des Krieges in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gelitten. Vor allem lernen wir aus den Sterblichkeitsziffern der letzten Monate die Schädigungen der Gesundheit. Deshalb verlangen

and den Nahrungsmittelwucher unterstützen. (Beifall bei den Sozialdem.)

Minister Markloff:

Der Regierung ist die Wohnungsnot bekannt. Diese Wohnungsnot ist jedoch eine Folge des Krieges und hat außerdem früher schon bestanden. Um den Krieg zu führen, wurde die Produktion lahmgelegt und unterlag. So sind wir heute in einer sehr schwierigen Lage, die wir nicht auf einmal beheben können. Wir können deshalb vorerst nur Maßnahmen treffen. Bereits am 19. Dezember haben wir Anweisung gegeben, daß die Kommunen unter gewissen Bedingungen für Wohnungen mitebnüt werden. Das Ministerium für Wohnungswesen hat unterm 7. Februar die beschriebenen Bezirksämter veranlaßt zu prüfen, wie weit die Benutzung von militärischen Bauten für Wohnzwecke in Frage kommt. Bis zum 15. März wird diese Feststellung zusammen kommen. Bereits unterm 23. Dezember verfügte die Reichsregierung, daß den Gemeinden Auskunft über unbenuzte Räume gegeben wird, um sie zu Wohnzwecken zu verwenden. Es sind weitgehende Bestimmungen erlassen worden. Es ist nun die Aufgabe der Gemeinden, daß die Verfügungen in der Praxis durchgeführt werden. Die Gemeinden können aber unbenuzte Wohnungen und sonstige Wohnungen verfügen und können die Wohnungen ert rationieren. Hieron können sie Gebrauch machen. Der Wiedergang für freie Wohnungen ist ausgesprochen. Soweit Bau an für den Staat notwendig sind, wird die Regierung des tun. In erster Linie müssen die Gemeinden die Wohnungsfrage beheben. Die Regierung ist bereit, sich an den gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbauten zu beteiligen. Wesentlich der Baufrage möchte ich bemerken, daß diese in erster Linie eine Nebenfrage ist. Solange Streiks sind, ist es nicht möglich, hier weiter zu kommen. Momentan können wir nur damit etwas erreichen, daß die vorhandenen Wohnräume rationieren. Vor allem hängt die Frage des Neubaus auch davon ab, wie wir die Ziegelnindustrie bekommen.

Es wird in die Disposition der Interpellation eingetreten. **Hg. Ziegelmaier-Oberl. (Zentr.)** weist auf die stiltliche Bedeutung der Wohnungsfrage hin. Infolge der schlechten Wohnungen werden die Leute ins Wirtshaus getrieben und die Tuberkulose verbreitet. Auch auf dem Lande besteht eine Wohnungsnot. In Aehl soll ein großes Holzlager den Franzosen in die Hände gefallen sein. Sollte dies zutreffen, so frage ich, warum dies nicht rechtzeitig wegeschaft wurde. Hierauf hätte vor allem der Landeswohnungsinspektor akt haben sollen. (Hh. Schöfer: Der hat anders zu tun.) Die Forderung nach einem Landeswohnungsamt unterschreibe ich.

Hg. Frau Blase (Soz.):

Ich möchte vor allem den Wunsch der minderbemittelten Kreise am Hebung der Wohnungsnot zum Ausdruck bringen. Die Frauen leben am meisten unter der Wohnungsnot. Auch die minderbemittelten Familien müssen mehr Zimmer zur Verfügung gestellt bekommen. Aus den Wohnungsmitständen rührt in erster Linie die große Säuglingssterblichkeit her. (Hört, hört!) Gar zu oft werden die Frauen beim Wohnungssuchen zurückgewiesen, wenn sie mehrere Kinder haben. (Hört, hört!) Gerade während des Krieges ist von den Hausbesitzern sehr viel geundt worden. Ich habe eine Reihe Erfahrungen gesammelt, daß Frauen, deren Männer im Felde waren, die Wohnung gelündigt wurde, weil sie die Miete nicht zahlen konnten. (Hört, hört!) Jetzt kommen die Männer zurück und finden keine Wohnung. Dies trifft vor allem die Kriegsgewalteten. Im Interesse der Kindererziehung und der Gesundheitsfürsorge ist die Hebung der Wohnungsnot nötig. Durch den Zuzug von Soldaten aufs Land während des Krieges fehlt es auch auf dem Lande an Wohnungen. Auf dem Gebiete der Wohnungsämter können vor allem die Frauen gute Mitarbeiterinnen werden. Wir begrüßen die Maßnahmen der Regierung, die zur Verfügungstellungen von Bauplänen, um hier eine Verbesserung zu erzielen. (Beifall bei den Sozialdem.)

Hg. Lese (Dem.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an, indem er betont, daß die Wohnungsfrage schon längst gelöst wäre, wenn sie durch lange Neben zu lösen wäre. Zu bebauern ist, daß wir in Abwesenheit des Landeswohnungsinspektors verhandeln müssen. Die bestehende Verordnung über die freiverwendbaren Wohnräume reicht aus. Wenn die militärischen Geschäftsstellen aufgelöst werden, wird in Heidelberg eine weitere Befreiung der Wohnungsfrage eintreten. Außerdem wird es in Heidelberg nicht verstanden, wenn Käufer kudentischer Verbindungen ledig gelassen werden. Zumindst sollen diese Räume zu Wohn- und Schlafzimmern ihrer Angehörigen dienen. Hierauf verlag sich das Haus auf nachmittag 1/4 Uhr. **Schluß der Sitzung: 1 Uhr.**

Nachmittagsitzung.

Vizepräsident Muser eröffnet die Sitzung um 6,30 Uhr. Am Eingang befindet sich eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich der in Arbeit befindlichen **Reform der Universitätsverwaltung.**

Die Reform hat nicht nur Bedeutung, sondern vor allem handelt es sich auch darum, eine partielle Hebung der Beschäftigten zu erreichen und die Gründung von Volkshochschulen zu ermöglichen. An die Regierung wird die Anfrage gestellt, was sie zu tun gedenkt, um die Mitarbeit der Volkserziehung bei dieser wichtigen Frage zu ermöglichen.

Vizepräsident Muser beantragt, die Interpellation der Grobherzoglichen Regierung (Heiterkeit), der provisorischen Regierung zur Verantwortung zu überweisen, was genehmigt wird. **Fortsetzung der Beratung der Interpellation über die Wohnungsfrage.**

Hg. Mayer-Karlstrufe (D-Mat.) trendet sich gegen die Wirtschaftsminister, als die auch die bisherigen Minister zu betrachten sind. **Hg. Fr. Otto (Zentr.)** wünscht vor allem eine Verbesserung der Wohnungsfrage, jenseit das Verursachen damit zusammenhängt.

Hg. Kolbmann (Dem.) teilt eine Reihe Ziffern über Heberfüllungen von Ein- und Zweizimmerwohnungen mit. Bei solchem Glend kann keine Freude am Staat und am Ewigen bestehen. Dies bedeutet eine starke Anspannung gegen den bisherigen Staat und die bestehenden Klassen. Wenn die Menschen eine Woche in den Behausungen der Armen wohnen müßten, würde Vieles besser werden. (Sehr gut! bei den Sozialdem.)

Hg. Richter (Soz.):

Die Wohnungsfrage ist durch den Krieg verflücht worden. Die Wohnungsfrage ist verflücht worden von jenen Kreisen, die (oben anscheinend aus Selbstkenntnis (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Wege zur Verbesserung wissen. Wir sind Fälle bekannt, wo Leute in den reinsten Kaufhäusern wohnen. Dabei ist in solchen Wohnungen oft noch die Heimarbeit zu Hause. Was unter solchen Verhältnissen oft noch den Kindern wird, läßt sich denken. Auf der einen Seite sehen wir großes Wohnungsbedürfnis, auf der andern Seite unbenuzte Wohnungen. Hierzu kommen noch die Mietsteigerungen. Wir sollten eine fortgeschrittene staatliche und städtische Wohnwirtschaft haben. Vor allem müssen wir fordern, daß die Gemeinden und Städte jeden verfügbaren Boden aufkaufen, um ihn der Spekulation zu entziehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Feurich (Zentr.) bittet, daß die vorbildliche Arbeit des Wohnungsamtes vor der Revolution wieder in Erscheinung tritt. Wir müssen an alten Bauarten, wie Holzhäusern, zurückgreifen.

Hg. Forter (Soz.):

Es ist schon früher viel über die Wohnungsnot geredet und geschrieben, aber leider nichts getan worden. Die Zentraleien brauchen Kohlen. Diese mangeln jedoch nicht wegen der Streiks, sondern wegen der fehlenden Verkehrsmittel. Leber waren die militärischen Stellen nicht dafür zu haben, schon im letzten Frühjahr zur Freigabe der Ziegelnindustrie zu überlassen, wie ich es wünschte. Die Regierung sollte rechtzeitig auf Veranlassung der Zentraleien mit Arbeitskräften bedacht sein. Auch müßte dafür geordnet werden, daß die Steinbrüche wieder in Betrieb kämen, um die Steine zu liefern. Hier müßte der Bedarf von einer Stelle festgestellt werden. Gegenüber Geheimrat Wolpert, der meinte, daß nur Großfirmen für die großen Neubauten in Frage kommen, möchte ich betonen, daß wir mit den Großfirmen nicht die besten Erfahrungen machten. (Sehr richtig!) Karlsruher und auch andere Städte können das bekräftigen. Auch die Arbeiter haben durch lange Arbeitszeiten und schlechten Lohn keine guten Erfahrungen mit diesen Großfirmen gemacht. Es sollte in heutiger Zeit auch möglich sein, mit kleinen anständigen Firmen zu arbeiten. Es besteht kein Grund, auch den Vorkommensverhältnissen Bauarbeiten zu übertragen. Die Regierung sollte hier eine zentralisierende Zentralstelle schaffen. Zu verlangen ist auch, daß den Frauen des Bauarbeiterstandes ein besseres Wohnverhältnis wird und neue bessere Vorschriften geschaffen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Markloff:

Dem Hg. Ziegelmaier möchte ich bezüglich des Holzlagers in Aehl mitteilen, daß die Holzlager von der Stadt Aehl von der Militärverwaltung übernommen wurden. Die Frage geht also das Ministerium für Hebergangswirtschaft und der Verkehrsstelle nichts an. Die Gebräde bezüglich der an anderen Orten liegenden Bestände ist uns wohl bekannt und wir haben sofort geeignete Schritte unternommen. Die Regierung handelt beim Vertrieb der Heeresbestände im Interesse des ganzen Landes, in dem sie allen Teilen etwas zufommen läßt. (Beifall.) Weiter wachte sich der Hg. Ziegelmaier gegen das Landeswohnungsamt und glaube ich, Bittel damit zu treffen. Dieser war jedoch nicht vom Staat angestellt, sondern vom privaten Landeswohnungsamt. Im übrigen haben wir solange unter der Gesinnungsfähigkeit des alten Systems geiltet, daß keine Partei mehr darauf zurückfallen sollte. (Sehr gut!) Des soll für immer aufhören. Die Regierung ist im weitesten Maße bereit, an Wohnungsgenossenschaften mitzuwirken; die Gemeinden müssen deshalb damit an den Staat herantreten. Ich bin durchaus der Auffassung, daß eine Zentralstelle geschaffen werden muß. Nur hätte das zu schaffende Landeswohnungsamt schon längst geschaffen werden sollen. Die Tage der Volkregierung sind ja gezählt. Wir sind ja sehr froh, wenn uns bald die endgültige Regierung ablöst. Damit ist ja eine Denkschrift möglich, daß auch die Frage der Wohnungsämter gelöst werden kann. Das hat die Entschuldigungsfrage löst ergänzt werden und die entsprechende Vorlage ist dem Hause schon zugegangen. Sie dürfen vor allem nicht vergessen, daß wir in einer Hebergangszeit leben und daß wir auf den Trümmern der vergangenen Zeit stehen. Herr Dr. Kampherr, der Landeswohnungsinspektor, hat sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch betätigt. (Sehr richtig!) Ich erinnere an die Karlsruhe Gartenstadt, die zum Teil sein Werk ist und an die zahlreichen Genossenschaften, die er jetzt wieder ins Leben rufen will. Die Inbetriebnahme der Getreidebrücken ist vom Ministerium bereits wieder in die Wege geleitet worden. Der Wagenmangel, der die Verkehrssituation von Kohlen verbinde, ist eine Folge der Missetzung der Wagen an die Entente. Die bisherigen Verhandlungen über Hebung der Wohnungsnot müssen von den Gemeinden auch zur Anwendung gebracht werden. Das ist das wichtigste. Die Mitteilung, daß Herr Mannheimer nach Heidelberg gehen, weshalb sie eine Villa haben, das darf nicht sein, daß die Wohnungen in Mannheim leer stehen und in Heidelberg eine große Wohnung bewohnt wird. Wenn sie richtig ist (Zuspruch: Sie ist richtig!), werde ich die Frage regeln lassen. Das behavere Submissionswesen muß beseitigt werden im Interesse des Handwerks, der Arbeiter und des Staates. (Beifall.) **Präsident Muser** teilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht sei. Der Antrag wird angenommen. Nach persönlicher Bemerkung des Hg. Ziegelmaier (Zentr.) wird die Sitzung um 5,30 geschlossen. **Nächste Sitzung: Mittwoch, 12. März, 10 Uhr.** Tagesordnung: Interpellation Müller-Karlstrufe bezüglich Eisenbahnbetrieb, Abänderung der Städte- und Gemeindeordnung.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 7. März.

Die Sitzung wurde um 3 Uhr 35 Min. eröffnet. Die Interpellationen über die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands wird die Regierung am Montag beantwortet.

Erste Beratung des Sozialisierungsgesetzes und des Kohlenwirtschaftsgesetzes.

Reichsminister Tiffel: Die Regierung muß unerfüllbaren Wünschen gegenüber sein. Die politische Umwälzung gab dem werktätigen Volk die Zuversicht, es werde in naher Zukunft auch sein wirtschaftliches Zukunftsbedürfnis befriedigt werden. Das werktätige Volk will jetzt Taten sehen und fordert überall selbst zu Taten. Schon droht die Anarchie, die zu Tod und Unterjochung führt, und in dieser Winternacht ist es die Reichsregierung einmütig für ihre Politik, durch die Gesetzgebung dem sozialistischen Streben ein legales Feld der Betätigung zu eröffnen. Aber die neue Zeit kann nicht nur Freiheit bringen, sie muß auch Pflichten auferlegen. Dem entspricht das Recht auf Arbeit und die Pflicht der Gesamtheit, arbeitswilligen Arbeitssuchenden notwendigsten Unterhalt zu gewähren. Dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft wird unmittelbar eins über die Kohlenwirtschaft folgen. Zur geordneten Regelung reif ist die Kohlenwirtschaft. Als Sachwalter der Allgemeinheit werden die unmittelbaren beteiligten Kreise zur Verwaltung herangezogen. Finanzpolitik muß man möglichst hohe Einnahmen des Reiches aus der Kohlenwirtschaft erzielen. Das Reich wird sich nicht scheuen, in die sogenannten höherwertigen Rechte oder in die Privatrechtskreise einzugreifen. In der Kohlerei und der Eisen- und Stahlindustrie, die mit den Beden eng verbunden sind, sind überfüllte staatliche Eingriffe zu vermeiden, da sie zu Mißbräuchen führen könnten. Die Voraussetzung für die Weltbewirtschaftlichkeit auf dem Weltmarkt ist die möglichste Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Die neue Organisation wird den Aufstieg der Tüchtigen fördern. Sie werden Wunder erleben, welche Energien sie zum Wohle unserer wirtschaftlichen Zukunft frei machen. (Beifall bei Weifall.)

Hg. Hue (Soz.): Von einer sogenannten Verstaatlichung der Kohlenwirtschaft ist abzusehen, um die Schäden der Wirtschaft zu vermeiden. Die wilde Sozialisierung der einzelnen Betriebe ist das Gegenteil von Sozialismus. Betriebs- oder Betriebsräte zur Kontrolle des ganzen Produktionsprozesses hatten wir für durchaus notwendig. Eine Kommissionsberatung hätten wir für nicht erforderlich. Das Privatinteresse muß sich dem Gemeininteresse beugen.

Hg. Dr. Brauns (Zentr.): Die private Gewinnhaftigkeit hat im Krieges wahre Organe gezeit. Als Gegenwirkung gegen diesen Geist des Mammonismus ist eine gewisse Sozialisierung durchaus erforderlich. Sozialisierung bedeutet für die Arbeiter nicht bloß eine Geldfrage, sondern der Mensch will als solcher geachtet werden im Produktionsprozess. Sofern die Gesetzgebung die den Gedanken zur Geltung bringen, stimmen wir ihnen zu. Dem an zweiter Stelle stehenden Gesetz fehlt der praktische Nachdruck. Die Erfah-

rungen der Kriegswirtschaft ermutigen nicht dazu, alles in einen großen Topf der Reichszucht zu werfen. Die Annahme des Sozialisierungsgesetzes wird als eine Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit bezeichnet werden.

Hg. Kempe: Wir können uns von der Sozialisierung sowohl für die Produktion wie für die Arbeiter keinen wesentlichen Vorteil versprechen. Unsere Bedenken erhöhen sich dadurch, daß die Sozialisierung gerade in der jetzigen Zeit gemacht wird. Mit dem Mantelgesetz wird der erste Schritt auf einer Bahn getan, von der wir nicht wissen, wohin sie führt. Die Regierung scheint gewisse Rücksicht nehmen zu müssen vor den anstürmenden Massen draußen. Das Gesetz ist eine Kapitulation der Regierung. In der Kommission werden wir trotzdem mitarbeiten.

Wirtschaftsminister Weifell: Die Regierung hat diese Gesetze aus eigenem Antriebe eingebracht. Unbebrüteten und unüberführbaren Forderungen wird sie mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

Hg. Dr. Dernburg: Das Rüdgrat unserer Wirtschaft hat die Privatinitiative und die Privatwirtschaft zu bilden. Sozialisiert können nur die hierzu geeigneten Unternehmungen werden. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir gegen den Entwurf schwere Bedenken. Von der Mitarbeit der Arbeiter in den Selbstverwaltungskörpern erwarten wir etwas sehr Gutes. Die demokratische Partei wird die Vorlagen äußerst wohlwollend prüfen. Weiterberatung Samstag vormittag 10 Uhr.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Berlin, 4. März. Heute vormittag erhaltete Kaustik einen mehrstündigen Bericht über die Berliner Konferenz. Große Bedeutung hat Kaustik der revolutionären Entwicklung in Frankreich und besonders in England bei. Sie sei, so führte er aus, um so wichtiger, als in Deutschland seit dem Darniederliegen des Wirtschaftslernen ja nur ein Wechsel auf die Zukunft sei. Der englische Sozialismus werde daher viel mehr leisten können und auf die ganze Welt wirken.

Nach Kaustik sprach Frau Rehn, die mit scharfen Worten die Ausführungen des Vorredners über die ganze Regierungspolitik der Unabhängigen verdammt. Der alten bürgerlichen Demokratie müsse die kraftstrotzende Demokratie der Mite gegenübergestellt werden, der Diktatur des Bürgertums die Diktatur des Proletariats. Die Konferenz in Bern sei nichts als eine internationale Sündenbergebung gewesen. Mit den Vertretern einer Regierung, die die gewalttätige bürgerliche Klassenkerrschafft darstelle, sehe man sich nicht zusammen. (Lebhafter Beifall.) Ich muß auf die Frage: Können die Gegenätze innerhalb der Unabhängigen Partei ausgeglichen werden? — mit einem entscheidenden Nein antworten. Die Gegenätze sind unüberbrückbar und können auch nicht durch die schönste Resolution ausgeglichen werden. So schmerzlich es ist, wir können nicht darüber hinweg, einen scharfen Trennungsstrich zwischen rechts und links in unserer Partei zu ziehen. (Lautlose Stille lagert bei diesen Worten über dem Parteitag.) Somit wiederholt sich das, was wir in der alten Sozialdemokratie 15 Jahre vergeblich versucht haben, die Mauerung aufzubrechen. Für mich persönlich ist ein weiteres Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung ein Ding der Unmöglichkeit.

Dr. Reichsfeind erklärte die Diktatur der Arbeiter als das Mittel zur wahren Demokratie. Dikmann ist derselben Meinung. Das ewige Geckrei nach Einigung schädigt nur die Partei. Frau (Gera) tritt für Verständigung nach links, aber auch nach rechts ein. Kaustik ist der Meinung, daß nichts imstande sei, die Diktatur des Proletariats aufzubrechen. Egoistische Lohnstreitigkeiten bisfektieren die Revolution. Zu einem politischen Klassenstreit müssen wir die Massen erst erziehen. Man redet immer von Eiert und Schiedemann, diese sind aber nur Werkzeuge in der Hand Landesbergs, dieses Werkzeug der Revolution. Koste ist nur ein Hohnwort in der Hand des Landesbergs, er hat nicht einen Schimmer vom Sozialismus. (Anführer (Halle): Mit einer Minderheit läßt sich auf die Dauer das Mäximum gegen die Masse nicht halten. (Zuruf: Die Massen haben das Unmögliche versucht!) Wie weil sie damit gekommen sind, sieht man. Der Vereinigung mit links steht der terroristische Spektakulismus entgegen. (Oho-Rufe und Lärm auf der Tribüne.) Nach rechts können wir uns nur auf dem Boden des revolutionären Klassenstandpunktes vereinigen. (Zuruf: Auf dem Boden der revolutionären Arbeiterrepublik!) **Kander (Frankfurt a. M.):** Unsere Partei hat in den Revolutionsmonaten keine einheitliche, klare Politik getrieben und keine großen schöpferischen Kräfte gezeigt. Eine Demokratie gibt es nur im Sozialismus. Wenn wir national mit den Rechtssozialisten nicht aufammengehen können, so können wir es auch nicht auf dem Boden der Internationale.

Es ist dann ein stark unterstützter Antrag eingegangen, der die Nationalversammlung ablehnt, weil sie kein Vollparlament sei und der verlangt, daß nur einige Abgeordnete der Partei in Weimar anwesend sein sollen, um die dortigen Beschlüsse zu kontrollieren und um zu protestieren. Die übrigen Abgeordneten sollten im Lande herumreisen und die Massen revolutionär zu erziehen. — Nach einigen weiteren Reden wurde die Besprechung auf morgen vertagt.

Baden.

Die Gemeinde- und Städteordnung.

Der Ausschuss für Justiz und Verwaltung der bad. Nationalversammlung beendete gestern die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung. Man strich die Staatsgenehmigung, für die Eröffnung des Welschachers für die Städteordnungsstädte. Das Steuerprivileg der Beamten wurde teilweise beseitigt. Abgelehnt wurde der Antrag, die Wahlen für sämtliche Bürgermeister des Landes ohne Rücksicht auf die Fälligkeit, sofort stattfinden zu lassen. Dagegen wurde eine Hebergangsbestimmung, die das Amtsende des neugewählten auf November 1922 festsetzt, angenommen. Da Kriegsteilnehmer von dem Nachweise einer Ortsangehörigkeit in den letzten sechs Monaten bei Aufstellung der Wählerlisten befreit sind, wurde diese Befreiung billigerweise auch ihren Familienangehörigen gewährt. Die Ruhegehaltsgewährung an Bürgermeistern im Falle der Rückwiederwahl wurde aufgehoben. Bezüglich der Zahl der Gemeinde- und Stadtverordneten wurde beschlossen: Es sollen erhalten die großen Städte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Forstheim und Heidelberg je 96, die übrigen Städte der Städteordnung je 84 Stadtverordnete. Die Gemeinden der Gemeindeordnung erhalten bei einer Einwohnerzahl von 500 bis 2000 36, von 2000 bis 4000 48, von 4000 bis 10000 72 Gemeindevorordnete. Die zweite Lesung, die sehr kurz sein wird, beginnt nächste Woche. Die Wahlen müssen alsbald nach Veröffentlichung des Gesetzes stattfinden.

Gegenüber vielfach aufgetretenen Zweifeln stellen wir fest, daß in dem der Nationalversammlung zugegangenen Gesetzesentwurf über die Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung bestimmt ist, daß die Wahlen der Gemeindevorordneten und der Gemeinderäte in sämtlichen Gemeinden nach dem Verhältniswahlverfahren stattfinden sollen. Die Annahme, als sei die Verhältniswahl nur für die Gemeinden

über 2000 Einwohner vorgelesen, ist demnach unrichtig. Der Regierungsentwurf schlägt sie vielmehr ausdrücklich für sämtliche Gemeinden vor. In ihrer gestrigen Sitzung hat die Justizkommission der Nationalversammlung diese Bestimmung angenommen und es ist nicht daran zu zweifeln, daß ihr auch das Votum beizutreten wird. Die demnächst überall stattfindenden Gemeindevorwahlen werden in allen Gemeinden nach dem Verhältniswahlverfahren vorgenommen werden.

Badische Verfassungsfeier. Der Kunst- und Kulturrat für Baden hat bei der Regierung angeregt, die neue Verfassung des badischen Volksstaates, die in Würde durch die gelebte Verfassung vollendet sein wird, durch die Kunst zu weihen. Das vom Rat entworfene und von der Regierung angenommene Programm, das durch eine feierliche Instrumentalmusik, Chorvorträge und durch den Schlußhymnen der 9. Symphonie Beethovens geprägt wird, enthält eine Weisheitsantike des Landesstatistikers unter Leitung von Fritz Cortoleraus aufgeführt werden. Näheres über die im Landestheater stattfindende Feier, zu der Parlament und Volk geladen sind, wird bekannt gegeben, wenn der Termin bestimmbar ist.

Bergbauliches Bemühen. An dem Gesetzentwurf über die Veränderung der Gemeinde- und Städteordnung hat der Vorstand des Verbandes der bad. Städte der Städteordnung Stellung genommen und dazu einige Änderungsvorschläge beigeschrieben. Er hat sich dabei dahin ausgesprochen, die für die Erweiterung der Städtebürgerrechts vorgesehene Wohnsitzdauer von sechs Monaten sei zu kurz bemessen, es sollte wenigstens ein Jahr vorgezogen werden. Auch die Frist von einem Monat für die Abhaltung sämtlicher Wahlen (Stadtverordneten-, Stadtrats- und Bürgermeisterversammlungen) sei zu kurz bemessen. Zur Aufstellung der Wählerlisten müsse mindestens ein Zeitraum von 14 Tagen zu Gebote stehen.

Die Lage der Kartoffelverformung. Die in den großen Städten und in den Industriebezirken Badens schon jetzt eine außerordentliche Mangelerscheinung ist, wird noch dadurch verschärft, daß durch die außerordentlich umfangreiche Schleifverformung mit Kartoffeln erhebliche Verluste der öffentlichen Bewirtschaftung verloren gehen, falls nicht sofort die Erfassung aller überschüssigen Bestände für die Allgemeinheit gelingt. Die Regierung hat deshalb die Kommunalbehörden angewiesen, jetzt nach Eintritt milderer Witterung die Absicherung der überschüssigen Kartoffeln ohne Verzug mit allem Nachdruck zu betreiben. Notigenfalls soll mit Enteignung der Bestände vorgegangen werden.

Durlach, 7. März. Die Bilanz der Maschinenfabrik Geißner & Co. Durlach schließt mit einem Reingewinn von 877 295 M ab. Es soll der Generalversammlung eine Dividende von 15 Prozent vorgelegt werden.

Mühlheim, 6. März. Die „Preisgauer Zeitung“ meldet: In Oberweiler hat der 17jährige Albert Schmidt den gleichaltrigen Alfred Würge von Schbach (Amt Sausen) erschossen. — Im Munitionspark Kuppen wurden dieser Tage drei Kisten Handgranaten gestohlen. Der Täter wurde in Neuenburg verhaftet.

Waldbach, 7. März. Aus einem tiefen Gashof entwandete eine Heisende, die übermüdet hat, die gesamte Weltweite und einen Korb voll anderer Wäsche, den sie auf dem Speicher gestohlen hatte.

Wreath, 5. März. Um für den erschossenen Schmuggler Eckert aus Siedten Rache zu nehmen, machten andere Schmuggler einen Angriff auf den schweizerischen Posten bei Niesen bei Basel. Es wurden mehrere Schüsse gewechselt. Auf jenseitiger Seite wurde niemand verletzt, ein Schmuggler soll jedoch verwundet worden sein.

Friedrichsfeld, 7. März. In der Nacht zum Nickerloch wurde ein Bannwagen, den Soldaten, um sich bei der Dampfmotiv zu vergnügen, ohne Aufsicht gelassen hatten, vollständig ausgeräumt.

„Anabhängige“ Wortfreiheit. Die der „Forsheimer Anzeiger“ mitteilt, ist der junge Mann, der am Montag bei der Verurteilung der Unabhängigen Sozialdemokraten mißhandelt wurde, ein Kreislauf. Er hat im Kampf für das Vaterland einen Wund erlitten und einen Lungenentzündung erlitten. Ein Granat splitter hat ihm die Kehle durchgeschnitten. Infolge seiner schweren Verletzungen ist der Mann etwas leicht erregbar und er ließ sich deshalb zu einem Zwischenruf hinreißen, der harmlos war, aber genügte.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Städt. Schauspielhaus Baden-Baden. Die Wagners der Kriegshelden halten immer noch den großen Teil der Menschen in ihrem Bann. Für Zuernde und Aufwartende ist in den Wagners des Alltags die Kunst zu einer reitenden Insel geworden, zu der sie flüchten vor den allen verschlingenden denkwürdigen Wogen des Tages. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es erfreulich, daß auch die Leitung der hiesigen städt. Schauspiel den Bedürfnissen der Zeit entgegenkommt; teilweise mit großem Geschick, denn sie beachte im Laufe der letzten Woche Aufführungen heraus, die man musterhaft nennen muß.

„Was ihr wollt“ von Shakespeare mit Dekorationen von E. Sievert, die innerlich im Zusammenhang mit der Gestaltung stehen, machte unserm Schauspielpersonal alle Ehre. — Als Ganzleistung mit ganz intimen Qualitäten ist die „Siegerried“ Aufführung am vergangenen Samstag zu buchen. Darstellende sowie Orchester boten Hervorragendes und fanden bei dem andächtigen Publikum reichen Beifall. — Ausverkauf war auch die Volksvorstellung wieder. Es wurden die „Logenbrüder“ gegeben und stieß zur Darstellung gebracht. Doch vom künstlerisch-kulturellen Standpunkt betrachtet dürfte sich die Intendanz im Fortum befinden, wenn sie derart inkonforme Schwänke als Volksvorstellung für gut findet. Es gibt doch Lustspiele genug, die hohe künstlerische Qualitäten aufweisen. Warum hat man nicht „Was ihr wollt“ als Volksvorstellung gegeben? o. r.

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Das Programm des Vorspiels der Ausbildungs-Klassen am 5. März war folgendes:

1. Violinsonate g-moll 1. und 2. Satz von M. Bruch (Violin: Fräulein Elisabeth Neumann, Klavierbegleitung: Fräulein Gertrud Mettenberger. — 2. Arie der Katharina aus der Oper: „Der Widerspenstigen Zähmung“ von G. C. Sch. (Fräulein Marie Peter, Begleitung: Fräulein Elise Wed. — 3. Besen Davidshändlerlinge von R. Schumann (Fräulein Gene D. a. d.). — 4. Arie aus „Entführung“: Durch Järlschleier und Sämelstein, und 5. Arie aus „Rauberflöte“ (2. Arie der Königin): Der Hölle Rache von W. A. Mozart (Fräulein Lara Schüßle). — 6. Fantasie C-dur op. 10 N. Schumann (Fräulein Gertrud Mettenberger). — 7. „Sommt ein Jäntler Bursh“ (Fräulein Gene D. a. d.). — 8. „Der Freischütz“ von C. M. v. Weber (Fräulein Elise Wed.). — 9. Violinsonate G-dur 1. Satz von F. B. Viotti (Herr Albert Eberhardt, Begleitung: Herr Paul Eberhardt). — 10. Lieber: a) Frühlingslied von B. Lachner, b) Wiegenlied von Gumpert, c) Der Vogel im Wald von W. Taubert (Fräulein Lara Schüßle). — 9. Rezitativ mit Arie a. d. Oper „Undine“: „So wisse, daß in allen Elementen“, von A. Vorberg (Fräulein Paula Cander, Begleitung: Fräulein Elise Wed.).

Nächstes eingeübtes Vorspiel (Ausbildungsklassen) Montag, den 10. März, abends 6 1/2 Uhr. 1668

um ihm einen Faustschlag einzutragen. Das war das Signal für die Anstehenden, über den Jubal den herzufallen, der dann schließlich in die Eng gestochen wurde. Bei den Missetatungen wurden ihm auch Ohr und Gut geraubt.

Die Durlacher Differenzen.

Durlach, 5. März. Die vom Arbeiterrat auf Sonntag den 2. ds. M., morgens 10 Uhr, ins „Lamm“ einberufene Protestversammlung war sehr gut besucht. Gen. Frölich referierte über die Existenzberechtigung der Soldatenräte und ihre Tätigkeit während der Revolutionstage, um dann auf die Maximalen näher einzugehen, die von verschiedenen Seiten gegen den seitherigen Soldatenrat in Szene gesetzt wurden. Die Vorwürfe gegen den Soldatenrat wurden der Reihe nach einer Kritik unterzogen. — An der Diskussion beteiligten sich verschiedne Redner. Auffallend war, daß sich das aktive Unteroffizierskorps (die Anführer) nicht zum Wort meldete. Oberleutnant Grohholz sprach in militärischer Form über die Bestimmungen der Wahlhandlung bei einer event. Neuwahl, ohne jedoch auf die Vorwürfe gegen den Soldatenrat einzugehen. Herr Hauptlehrer Kaifer trat als Demokrat dafür ein, daß die Errungenschaften der Revolution unbedingt gewahrt werden müssen, auch sie, das demokratische Bürgerium, seien bereit, die Republik bis zum äußersten zu verteidigen, doch sei Ruhe und Ordnung notwendig, um das Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren. Genossin Knecht verbreitete sich über die Anforderungen, welche der Krieg an Frauen und Mütter gestellt habe und betont, daß heute noch der rückständige Geist und Bürokratismus im Punkt Militär herrsche. Herr Kauterich (Demokrat) trat für die Beibehaltung der Soldatenräte ein, gerade die Soldaten- und Arbeiterräte seien eine Verbindung zwischen Militär, Volk und Regierung. Herr Woblinger, Mitglied des Landesausschusses, gab ein klares Bild über die Obliegenheiten der Soldatenräte. Speziell die Tätigkeit des Durlacher Soldatenrates sei eine lohnendere. Er habe erklart, daß der Vorsitzende des Durlacher Soldatenrats, Stein, in den Landesausschuss berufen worden sei. Herr Stein selbst weist die gegen ihn gemachten Vorwürfe zurück, er sei sich bewußt, seine Pflicht getan zu haben. Jetzt, nachdem die oft schwere Arbeit getan sei, kime man, um verdienten Männern den Stuhl vor die Tür zu setzen. Wenn er auch Kritik an der Regierung übe, so sehe er trotzdem auf dem Boden derselben. Differenzen zwischen Generalcommando und Soldatenrat wären zu lösen ohne das Volk in Aufruhr zu versetzen. Der Vorsitzende, Steinbach, brachte am Schluß der Versammlung eine Resolution zur Abstimmung, in der dem seitherigen Soldatenrat das weitgehendste Vertrauen ausgesprochen und dagegen protestiert wird, daß Elemente am Werke sind, die auf reaktionärer Grundlage Ruhe und Ordnung zu stören versuchen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz des Amtsbezirks Karlsruhe. Die Ortsverbaltungen und Vertrauensleute unserer Partei im Amtsbezirk Karlsruhe werden daran erinnert, daß am Montag, nachm. 4 Uhr, in der Restauration „Auerbach“ in Karlsruhe eine Bezirkskonferenz für den Amtsbezirk Karlsruhe stattfindet.

g. Anstellungen, 8. März. In der ersten in der „Linde“ hier für funden nachrichtlich behörden Mitteleberer-Sammlung hielt Stadtrat Gen. Dr. Kullmann aus Karlsruhe einen Vortrag über das Ernterprogramm und erläuterte die wichtigsten Punkte desselben. Neben dem Vortrag auch auf die derzeitigen politischen Verhältnisse in Baden und im Reich ein, freilich die Sparta-festbewegung in der verschiedenen deutschen Großstädten und ebenso die Partei der Unabhängigen und kam dabei auch auf die beiden, in der letzten Woche von den Unabhängigen und den Reichssozialisten veranstalteten Demonstrationen zu sprechen. — An der auf den Vortrag folgenden sehr lebhaften Diskussion wurde scharfe Kritik an der Regierung geübt und insbesondere von einigen Rednern behauptet, daß der „Volksheld“ eine so wenig wertvolle Haltung gegenüber den Unabhängigen einnehme und auch gegen die Freilich und sozialen Maßnahmen der radikalen Arbeiterbewegung. Von andere Rednern wurde auch das Verhalten der Unabhängigen und besonders der Sozialisten, die mit fremdem Gelde ausgestattet wurden, scharf kritisiert; vom Vorstand wurde zur Einigkeit aufgefordert, eingehend dessen, daß Einigkeit stark macht und eine Verbilligung der Arbeiterkraft nur unter gemeinsamen Gegebenheiten kommt. Der Referent behandelte in seinem Schlußwort die in der Diskussion vorgebrachten Äußerungen, Wünsche und Beschwerden und forderte ebenfalls zur Einigkeit auf. Der Vorsitzende dankte dem Redner für sein instruktives Vortragen. Unter Punkt 2. des Tagesordnungs sollten jedoch noch einige weitere Angelegenheiten besprochen werden, die Beräumung mußte indes wegen Lichtmangeln vorzeitig werden. (Die Versammlung die von der „Linde“ in der „Linde“ des Volksheld gegenüber den Unabhängigen steht) zu lösen müssen glauben, würden sicher in arge Verlegenheit kommen, wenn sie uns nach einer solchen, wenn wir uns nicht abspalten lassen. Die Unabhängigen würden sich alles uns gegenüber erlauben dürfen, während wir höchst Mühe zu haben und uns alles bieten lassen müssen, dann können wir mit diesen Gegebenheiten nicht übereinstimmen. Wir haben den Unabhängigen nicht so oft die verführerische Hand hinestreckt, wie sie haben doch dies Verführerische ist, daß die Unabhängigen sich alles und es einfach eine Leichtfertigkeit ist, um wenig verlässliche Haltung vorzunehmen. Wir werden diesen Vorwurf entziehen zurück. (N.)

Stuttgart, 5. März. Der erste Vortrag des Lehrkursus der Frauenaktion fand am 4. d. M. statt. Genosse Glunz behandelte in ausführlichen Darlegungen die Volkshaltung und die Schulfrage. Er wies darauf hin, daß schon in frühester Zeit die bestehenden Massen die Volkshaltung der Massen hinstehen, ja sogar Gesetze wurden geschaffen, monach nur die Kinder solcher Bürger, die ein festgesetztes Einkommen hatten, den Unterricht besuchen, d. h. Lesen, Schreiben und Rechnen lernen durften. Dies System greift bis in unsere heutige Volksschule hinüber. Ist es doch unmögliche Tatsache, daß der Scheriff so zugewandelt ist, damit ja keine freien Menschen herangebildet werden können. Weitere Tatsache ist, daß für alle höheren Lehranstalten, sowohl die staatlichen wie auch die der Gemeinde, die Aufschüsse weit höher sind, als für die Volksschule. Um dieses große Unrecht am arbeitenden Volk zu beheben, verlangte schon immer die Sozialdemokratie die Einheitschule für Arm und Reich. Auch die Frauen und Mütter fordern und verlangen einen allgemeinen Schulunterricht ohne Standesunterschied im Interesse unserer Kinder. — An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen K. Lupp, Pfeil und Vandel, sowie die Genossen Schärer, Glunz und Hagemann. Zum Schluß des Vortragsabendens gab Genossin Vandel bekannt, daß die Partei nun 90 weibliche Mitglieder zählt. Am Dienstag findet ein Vortrag über Armenpflege (Herr Genosse Schärer) statt und mögen die Genossinnen ebenso zahlreich erscheinen.

Müsch, 7. März. Sonntag nachmittag findet im „Linden“ eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, zu der neben den Genossen auch die Leiter der Parteipresse und Freunde unserer Sache eingeladen sind.

Landesheim, 6. März. Am morgen Sonntag nachmittag 4 Uhr findet eine Frauenversammlung im Gasthaus zum „Lamm“ statt. Referentin: Frau Ruff aus Karlsruhe. Zu dieser Versammlung sind alle Frauen und Mütter eingeladen. Tagesordnung: Die Tätigkeit der Frau in der Kommune. Am 11. März findet im gleichen Lokal eine Versprechung zwecks Gründung einer Filiale des Vereiner Konsumvereins statt. Auch hierzu sind die Genossinnen und Genossen freundlich eingeladen.

Kommunalpolitik.

Nitliche Fragen an den Ettlinger Kommunalverband.
Im „Mittelbadischen Courier“ erschien eine Notiz, daß der leitende Geschäftsführer des Kommunalverbandes, Herr Rechtsanwalt Dieckhöfer, sein Amt niedergelegt habe, worauf vom R. V. eine Verdrückung veröffentlicht wurde, daß D. um Enthebung nachgesucht habe, jedoch sein Amt noch solange versee, bis ein Nachfolger bestellt ist.

- Da also Herr D. noch im Amt ist, ist er in der Lage, über nachfolgende Fragen Aufschluß zu geben:
1. Ist es wahr, daß der R. V. bei Verkauf von Reichswaren durch zu hohe Preisnotierungen die minderbemittelte Bevölkerung um größere Summen geschädigt hat?
 2. Ist es wahr, daß der leitende Geschäftsführer, Herr Rechtsanwalt Dieckhöfer, von den Unregelmäßigkeiten Kenntnis hatte — ohne in der Angelegenheit etwas zu tun?
 3. Ist es wahr, daß das Bezirksamt von diesen Vorwissen Kenntnis erhielt und was hat das Bezirksamt in dieser Angelegenheit getan?
 4. Ist es wahr, daß Waren beiseite geschafft wurden — daß also weniger Waren verteilt wurden, als dem R. V. zur Verteilung überwiesen wurden?
- Da hier ein berechtigtes öffentliches Interesse vorliegt, wird um Beantwortung dieser jeher berechtigten Fragen gebeten.

Soziale Rundschau.

Die Unteroffizier-Gewerkschaft.
h. Markt, 8. März. Einen sehr interessanten Verlauf nahm die heute nachmittag in der „Linde“ abgehaltene Versammlung des Reichsverbandes deutscher aktiver Unteroffiziere, Ortsgruppe Stuttgart. Man gewann den Eindruck, daß sich da eine äußerst kraftvolle Organisation gebildet hat, die imstande ist, die Interessen der Unteroffiziere zu vertreten. Ganz besonders ist es zu begrüßen, daß — man kann wohl sagen — fast das ganze Unteroffizierskorps mit nur vereinzelten Ausnahmen weiß, welche Partei bereits in Friedenszeiten für sie geübt hat, und bei welcher Partei auch jetzt die Interessen der Unteroffiziere am besten aufgehoben sind. Da der Verband eine Organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage ist, so macht sich immer mehr das Bestreben geltend, der Organisation auch eine politische Färbung zu geben, wenn auch bis jetzt noch in den Statuten die politische Neutralität des Verbandes festgesetzt ist. Auch der Vorsitzende des Landesverbandes, Kamerad Gärtner, Pforzheim, betonte, daß die Partei eine politische Partei, wobei er betonte, daß dabei nur eine Partei in Frage kommen könne, nämlich die Partei der Mehrheitssozialdemokraten. Einem Penzumsmanne, der aus einer Zeitung vorlas, daß auch ein Zentrumsgewerkschaftler für die Interessen der Unteroffiziere eingetreten sei, wurde unter Zustimmung der Versammlung von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe, Kamerad Heiberger, erwidert, daß das der erste derartige Fall sei, von dem er Kenntnis habe und daß er irgend eine Absicht dahinter vermutete.

Neuerst interessant war das, was Kamerad Gärtner aus Pforzheim zu berichten wußte. Er verlas ein Flugblatt, das zwar von der U. S. Parteiverwaltung sei, aber doch, wenn auch entstellt und übertrieben, einige Tatsachen enthalte, die sich nicht ableugnen lassen: Die sozialistische Kreise Pforzheims haben eine „Ordnungswehr“ gebildet, der reiche Fabrikantensöhne sowie geaufte Elemente angehören und die von gewissenlosen Offizieren geleitet wird. Diese Ordnungswehr hat riesige Mengen von Waffen und Munition zur Verfügung, die sich also in den Händen der reichsfeindlichen, kapitalistischen Kreise befinden. Saummaßer bei der Sache sind der frühere Reichstagsabgeordnete Witum und Dr. Richter; auch der Bürgermeister ist mit im Einverständnis. (Die Waffen sind inzwischen durch rasches Zugreifen des Arbeiterrats Pforzheim wieder eingezogen worden. (Die Neb.)

Darauf teilte Kamerad Heiberger mit, daß diese Pforzheimer Ordnungswehr sich auch in Stuttgart bei der Volkswehr 300 Gewehre und 2 Maschinengewehre beschafft hat. Der Bürgermeister Kerner von Stuttgart hatte den Vorstand vom Arbeiterdepot gebeten, diese Waffen für Pforzheim abzugeben; dieser weigerte sich jedoch. Darauf übergab Bürgermeister Kerner auf eigene Verantwortung hin diese Gewehre und Maschinengewehre an den Vorstand der Stuttgarter Volkswehr der Pforzheimer kapitalistischen Ordnungswehr, er unterläßt durch ein derartig gewissenloses Handeln die Zuschauerliche von rechts. Kamerad Heiberger den Bürgermeister Kerner für den Wert der Waffen persönlich verantwortlich machen.

Die eine Gewerkschaft konnte man bei der Tagung der Unteroffiziere bekommen: daß die Unteroffiziere fest hinter der Regierung stehen und bereit sind, jeden Putz, mag er von links oder von rechts kommen, mit der Waffe zu bekämpfen.

Bürgerausschuß-Sitzung in Karlsruhe.

Karlsruhe, 8. März.
Nun noch die Beratung des Vorantritts, der ja noch von den alten Bürgerausschüssen beraten werden soll, kann wird auch dieser Kriegsbürgerausschuß sein Ende erreicht haben. Die Dreiklassenwirtschaft wird vom Ratshaus verdrängt und einer wirklichen Volksherrschaft, gewährt auf Grund des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts, wird ihren Einzug halten. Auch auf den Rathhäusern, in den Gemeinden kann dann die Revolution sich auswirken, der Ausbau und Neuaufbau der Gemeinwesen kann dann beginnen. Daß die kommende Arbeit keine leichte sein wird, darüber ist sich wohl niemand im Zweifel, die Schandentat und die Not der Städte ist keine geringere, als jene der Einzelstaaten und des Reichs. Und daß der Wiederaufbau im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und des Rechts geschehe, dafür zu sorgen ist Sache der Wählerchaft, in deren Hand es gegeben ist, Männer und Frauen in die Stadt- und Gemeinderäte zu entsenden, die entweder weiterhin nur die Erhaltung ihrer Sonderrechte, ihre heimlichen Kriecherinteressen im Auge haben, die auch durch ihre Haltung während der Revolution mit zu den heutigen Zuständen beigetragen haben, oder aber solche Vertreter die nur das Allgemeinwohl der Bürgerchaft sich als Richtschnur nehmen, die die Verteilung der Lasten nach den Grundätzen der Gerechtigkeit vornehmen werden. deren Gemeindepolitik auf dem Boden des Sozialismus sich aufbaut. Wir denken, der Wählerchaft wird die Wahl am Wahltage nicht schwer fallen. Die Sozialdemokratie hat schon bisher, wo sie in der Minderheit war, gute, erfolgreiche, durchdringende Arbeit auf den Rathhäusern geleistet, sie wird es noch mehr können, wenn ihr Einfluß ein härterer, ja auch noch größerer sein wird. Erst dann ist der Ring der Arbeiter und fern Staat und Gemeinde sich entwickeln, wenn der sozialistischen Revolution in starken sozialistischen Gemeindepolitik und Kreisvertritten eine ernsthafte Hilfe auf Seite

Wird, wenn durch eine sozialistische Durchdringung der Selbstverwaltung...

Das auch dem Karlsruher Rathaus eine Aufrüstung notwendig ist...

Neben viel Kleinarbeit - im ganzen Stande 12 Vorarbeiten zur Beratung...

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich für die Besetzung der Stellen...

Die Karlsruher Fraktion hat sich für die Besetzung der Stellen...

Wird. Damit ist das Existenzminimum auf 10 M den Tag festgelegt...

Gen. Stadtrat Philipp hat den Herrn aber sofort zurückzuweisen...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 8. März. „Sozialdemokratie und Christentum“...

gehört. Man sieht deshalb seinem ersten Vortrag als Sozialdemokrat...

Kleinierhaltung. Es wird uns mitgeteilt, daß in der Stadt der Passus...

Erweiterung des Turnbetriebs der Freien Turnerschaft. Während des Krieges...

Parteiabteilung Weststadt. Heute abend 7 Uhr im „Dragoner“...

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland...

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Arbeiterjugendverein „Bruderbund“)...

Der Reichsausschuß für Dele und Setze Berlin

schließt Anbauverträge für Sommer-Delefrüchte.

Für Sommerfrüchte, Spinat, Mören und Senf werden an den Lohnenden...

Genossenschaftsverband

bad. landw. Vereinigungen (Körperschaftsrechte) 79

Bekanntmachung.

Schäfferei für Eier betreffen. Auf Grund des Höchstpreises...

Wird die einem Hüterhalter zur Ablieferung an eine Sammelstelle...

Karlsruhe, den 10. Februar 1919.

Badisches Ministerium für Ernährungswesen.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 1. März 1919.

Bad. Bezirksamt.

Flechten, Wunden

offene Füße, Krampfadernleiden, heilt sogar in verzweifelten Fällen...

Städtisches Konzerthaus.

Samstag, den 8. März 1919, 1711

Vorstellung des Bad. Landestheaters.

Samstagsmiete Nr. 21. Zum erstenmal:

Schwaneuweiß.

Märchenspiel in drei Akten von August Strindberg.

Musik von Ferdinand Hummel.

Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Sonntag, den 9. März 1919

Zu ermäßigten Preisen

Charleys Tante.

Schwank in drei Akten von Brandon Thomas.

Anfang 2 Uhr. Ende 4 Uhr.

Vorstellung des Bad. Landestheaters

Sondervorstellung

Cavalleria rusticana

(Sizilianische Bauernlehre)

Melodrama in einem Akt nach dem gleichnamigen Volksstück

des G. Verga von Targioni Tozzetti und G. Menasci.

Musik von Pietro Mascagni.

Der Bajazzo.

Drama in zwei Akten und einem Prolog, Dichtung und Musik

von R. L. Oncavallo. Deutsch von L. Hatmann.

Anfang 6 Uhr. Ende 9 Uhr.

Spielplan vom 9. bis 10. März.

Im Konzerthaus. Sonntag, den 9. März, nachm. 2 Uhr, zu ermäßigtem Preis.

„Charleys Tante“, 2-4 (70 S. bis 8.20 M.), abends 8 Uhr (Sonderpreis).

„Cavalleria rusticana“, „Der Bajazzo“, 8-9. - Montag 10. (Mo. 24.)

„Die Entführung aus dem Serail“, 7-10. - Dienstag 11. (Di. 24.)

„Schwaneuweiß“, 7. - Mittwoch 12. (So. 24.)

„Liebe im Schnee“, 7-10. - Donnerstag 13. (Do. 24.)

„Das Konzert“, Gastspiel des Herrn Felix Krone als Dr. Jura, 7-9.

Freitag 14. (Frei. 24.) „Sondervorstellung“, Drama in 1 Aufzuge.

Musik v. Rich. Strauß, 7 1/2. - Samstag 15. (Sa. 24.)

„Die verkaufte Braut“, 7-9 1/2. - Sonntag 16. (So. 24.)

URIN-Untersuchungen Laboratorium für Klinische Diagnostik Dr. Lindner Kaiserstrasse 80.

Bekanntmachung. Die Aufnahme der an Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder...

Achtung! Carbidlampen Achtung! Bekannt nur erstklassige ausprobierte Modelle...

Andreas Kappler, Blechner Grünweidbach 1600

Buchbinder-Dehrling mit guter Schulbildung auf Ostern gesucht.

Eisenfässer zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1083...

Zwei Kautiere. Schimmel, 8 u. 4-jährig, flotte Gänger...

Mähmaschine gute starke, noch neu umfänglich...

Kostüme, Mäntel und Anzüge werden angefertigt u. gewendet.

Chaiselongue neu, zu verkaufen. 1088

Rüchen-Einrichtung. 1220

Wo könnte ein Mädchen gründlich das Kleidermachen erlernen?

Strumpfwaren Fortsetzung unseres Verkaufs im Lichthof Geschw. Knopf

Achtung! Speditionsarbeiter Achtung!

Subreale u. Geschäftskaufher!

Sonntag, den 9. März, nachmittags pünktlich 1/3 Uhr, im großen Saale zum „Anerkahn“, Schulstraße 55

Allgemeine

Transportarbeiter-Versammlung

Tagesordnung:

1. Unsere Forderung nach tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Karlsruher Transport- und Speditionsgewerbe.
 2. Wahl einer Lohnkommission.
- Kollegen! Die Herren Arbeitgeber haben sich ihr herrschaftliches, despotisches Verhalten noch nicht abgewöhnt. Sie halten immer noch fest an ihrem alten Standpunkt. Lange, ungesegnete Arbeitszeit und höchste Bezahlung. Reigt, daß ihr alle organisiert seid und euch eine solche Putschwirtschaft nicht mehr gefallen laßt.
- Erkennt daher volkshäßig. Jeder Betrieb, auch der kleinste, muß vertreten sein.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Karlsruhe.
Büro: Wilhelmstraße 47 B. St. Telefon 3109.
S. A.: Karl Fißler.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Turnstunden.

Turnerinnen: Montag, Turnhalle Mühlburg, Hardtstraße
Donnerstag, Goethestraße, Gartenstraße
Alterstraße: Mittwoch, Goethestraße, Gartenstraße
Männerabteilung: Dienstag, Gutenbergstraße, Reilstraße
Donnerstag, Mühlburg, Hardtstraße
Freitag, Edelstraße, Markgrafenstraße
jeweils von 7-9 Uhr abends.

Anmeldungen werden in den Turnstunden entgegen genommen.

Anteilscheine.

Die Inhaber von Anteilscheinen, welche auf Aktien zum Verkauf stehen, werden gebeten bis spätestens 1. April 1919 dem Turnverein Goethestraße 1, mitzubringen. Nach dem 1. April verlieren die Anteilscheine ihre Gültigkeit.
Der Turnrat.

Unabhängige Sozialdem. Partei.

Samstag, den 8. März, abends 7 Uhr, findet in der „Atrone“ in **Bulach** eine

Öffentliche Volksversammlung

statt, in der Stadtverordneter Kruse, Karlsruhe, über:
„Was ist und will die Unabhängige Sozialdemokratie“
sprechen wird. **Freie Eintrittskarte.**
Arbeiter und Arbeiterinnen ersehen alle.
Der Einberufer.

Arbeiter-Bildungsverein (E.V.)

Montag, 10. März und Montag, 17. März, abends 7 1/2 Uhr, im Saale unseres Hauses, Wilhelmstraße 14.

Vortrag mit Lichtbildern

des Herrn Professor Dr. W. Henglein von der Technischen Hochschule:
„Gebirgsbau und Landschaftsbild von Baden“.
Der Vortrag ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.
Im Anschluß an die Vorträge finden im Frühjahr zwei Exkursionen unter Führung des Vortragenden statt.
Der Vorstand.

COLOSSEUM

Waldstr. 16/18 Direktion: Gust. Kiefer Tel. 1933

Täglich abends 8 Uhr
Das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Sonntag, den 9. März
2 Vorstellungen
4 u. 8 Uhr.

Volktrat Karlsruhe.

Am Dienstag, den 11. März 1919 abends 1/3 Uhr findet im Saale der Restauration zum Palmengarten, Herrenstraße 31a, unsere

Vollversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von der 4. Landesversammlung der V. V. und S. Räte in Durlach.
2. Die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Reichsversammlung.

Wir erziehen alle, dem Volktrat angeschlossenen Organisationen, auf die Vertretung ihrer Ziele, erst in der Versammlung hinzuwirken.

Der Vorstand.

Wolle und Faden

brauchen Sie nicht, bringen Sie Ihre zerrissenen Strümpfe nach der



Strumpf-Klinik
Geschwister Schweizer

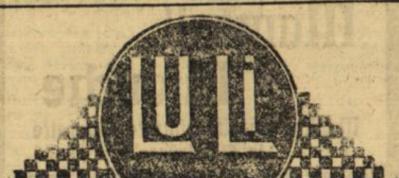
D. R. G. M. Nr. 668057
für Erzeugung verbrauchter Strümpfe.
Diese werden brauchbar, wie neu,
Zentrale Mannheim.
Alleinige Annahme für Karlsruhe
44 Kaiserstrasse 44
neben Restaurant „Zum Elefanten“.

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Oberammargauer Passionsspiele

Spieltage: am 4., 5., 6., 7., 8., 9. März, jeden abend 7 Uhr, ausserdem am 5., 8. und 9. März, je nach nachmittags 2 1/2 Uhr und abends 7 Uhr.

Vorverkauf in der Musikalienhandlung des Herrn Fritz Müller, Kaiserstrasse 14, Ecke Waldstrasse. Telefon 338.



Luxeum Lichtspiele

Kaiserstrasse 168. Telefon 3985.

Die beliebte Kassetten
Ellen Richter
in dem hervorragenden Filmwerk
Das Kloster von Sendomir
Dramatisches Lebensbild in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
Ellen Richter, Ernst Deutsch, Eduard v. Winterstein. 1698

Der Kanal

Spannendes Detektivabenteuer in 3 Akten.
Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

Karlsruher Familien-Krankenkasse

(Vereinsverein auf Gegenseitigkeit.)
Telephon 415. Gegründet 1890.

Am Sonntag den 9. März d. J. vormittags präzise 10 Uhr, findet im Saale der Restauration „Goldener Adler“, Karl Friedrichstrasse, unsere jährliche **ordentliche Generalversammlung** statt. In Anbetracht der äusserst wichtigen Tagesordnung bitten wir unsere Mitglieder vollzählig zu erscheinen.
1693 Der Vorstand.

Gesellschaft „Freiheit“

Sonntag, 9. März, nachmittags 3 Uhr beginnend, findet in der „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstrasse 13, unsere **Familien-Fest** mit Tanz

statt. Gönner und Freunde sind freundlichst eingeladen.
1705 Der Vorstand.

Kartoffeln.

Infolge der geringen Zufuhr von Kartoffeln hat der Stadtrat den zulässigen Verbrauch von wöchentlich 5 Pfund für die Person auf 4 Pfund herabgesetzt. Vom 10. März 1919 werden daher auf die Kartoffelmärkte wöchentlich nur

4 Pfund abgegeben. Die Vorschrift über den zulässigen Verbrauch gilt auch für diejenigen Haushaltungen, die ihren Winterbedarf im Wege des Bezugsgeldverfahrens oder durch Bezug von der Stadt eingekauft haben. Auch sie dürfen von ihren Vorräten vom 10. März 1919 ab wöchentlich nur 4 Pfund für die Person verwenden. Da der eingelagerte Vorrat bei der bisherigen Rostmenge bis 6. Juni reichen sollte, müssen diese Haushaltungen bis zum 3. August 1919 auskommen; bis zu diesem Zeitpunkt werden sie weder Kartoffeln, noch Kartoffelmärkte erhalten.

Gleichzeitig dürfen vom 10. März 1919 ab in den Kriegs- und Besatzungs-, Gastwirtschaften und Privatspeisen, die ganz oder teilweise aus Kartoffeln besteht, an hiesige Einwohner nur gegen Kartoffel- bzw. Gastmarken abgegeben werden; hierüber wird durch uns eine strenge Kontrolle ausgeübt.

Die Abgabe von Kartoffelmärkten erfolgt im Austausch gegen Kartoffelmärkte in der Kartenkassette (kleiner Festhülle) und im Kartoffelamt, Kaiserstrasse 11, im Austausch gegen Speisekartoffeln nur im Kartoffelamt.

Karlsruhe, den 7. März 1919. 1706
Städt. Kartoffelamt.

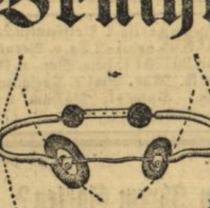
Aus dem Heeresdienst entlassen, habe ich meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Keul

Facharzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten

Sprechstunden von 10-1, 3-5,
Dienstag und Freitag auch abends v. 6 1/2-8 1/2.

Bruchleidende



haben nicht nötig, sich von herumziehenden fremden Bandagenhändlern teuer und dabei meistens unzuverlässig bedienen zu lassen!

Am besten kaufen Sie immer bei alten heimischen und erfahrenen Fachleuten.

Ich unterhalte ein großes Lager in Bandagen aller Art, mit oder ohne Feder, Leibbinden, Gradhalter, Korsetts und Gummistrümpfen etc. Ferner in meiner geleg. geöff. Vorfallobinde „Follia“ eigene Erfindung, sowie in allen anderen einschlägigen Artikeln.

Ich mache es mir stets zur Pflicht, jeden einzelnen Fall individuell zu behandeln und halte mich für alle extra Markarbeiten bestens empfohlen.

Joh. Unterwagner, Karlsruhe.

Prakt. Bandagist und Orthopäde,
Kaiserpassage 22/26 Krankenpflegeartikel Tel. 1069.
Für Damen weibliche Bedienung.
Anprobierzimmer separat. 1687

Lieferant verschiedener Krankenkassen, sowie staatl. und städt. Anstalten.

Tücht. Meister

für kleinen Maschinenbetrieb in Mannheim zum baldigen Eintritt in dauernde gute Stellung gesucht.
Nur durchaus zuverlässige und gewissenhafte Kräfte wollen sich unter genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit, der Gehaltsansprüche sowie Verfügung von Zeugnis- und Schreifturkunden unter N 1016 an Hansenstein & Vogler H.-G. Karlsruhe. 1614

Die Leipziger Frühjahrs-Mustermesse

findet in diesem Jahre statt vom

27. April bis 3. Mai 1919.

Anmeldungen von Ausstellern und Einkäufern sind zu richten an das Meßamt für die Mustermessen in Leipzig.

Die diesjährige Leipziger Oster-Rauchwaren-Messe beginnt am 4. Mai 1919.

1717

Vor Verfall schützt

nur frühzeitige Erneuerung der Preuss. südd. Klassenlose zur III. Ziehung.¹⁰⁹¹ Kauflose sind noch erhältlich. 1/8 1/4 1/2 3/4 Teil. 15.- 30.- 60.- 120.- Mk.

Ludwig Götz

Bad. Lotterieleinnehmer, Hebelstrasse 11 beim Rathaus

Buch der Ehe

von Dr. Retau mit vielen Abbildungen, statt M. 2,50 nur M. 1,50. Buchversand Elsner, Stuttgart 524, Schlossstrasse 57 B.

Brennholzverkauf

Buchen und Eichen für alle Heizungen passend, zum Strecken der Kohlen. Korken- u. Tannenaufenerholz gibt Stehr- und Zentnerweise zu den amtlich festgesetzten Preisen ab.

Das Holz wird auf Verlangen angeliefert. Bestellungen ab 1 Meter aufwärts werden pünktlich beiorgt. Abgabestelle: Gerwigstr. 53. Tel. 5203. Kasse/Postfach 1700. Bahn Schlachthof.

Fr. Kempermann,

Brennholzhandlung u. Spalterei.

Gebrüder Scharff

Wir empfehlen: **Lichter** (107. Wladenburg-Korze) Stück 55 Pfg.

Rastatt. Rastatt.

Verkauf von 1870

Neu- u. Möbel

Karl Rauch, Kaiserstr. 49.

Was erwarten Sie von Ihrem Garten?

Genuß und Nutzen!

Gerade die letzten Jahre haben den Nutzen voran gestellt, weil es darauf ankam, daß jeder Einzelne für die Bedürfnisse seines Haushalts sorgte. Nun ist zwar der Kriegsalter von uns gewichen — aber immer noch dürfen wir den Garten nicht nur zu Genüßzwecken allein gebrauchen. Deswegen sollen Blumenamen im Garten nicht fehlen, aber auch Feld- und Gartenameren werden noch in diesem Jahre eine Hauptrolle spielen. Meine Samenhandlung ist für alle Bedürfnisse gerüstet, nach Menge und Qualität. Daß die Qualität gerade beim Samengeschäft eine Vertrauenssache ist, wissen ja die meisten Gartenbesitzer. Seit Jahren recht fertige bis dieses Verlaufs und werde es auch in diesem Jahre vollauf tun.

C. Frohmüller, am Ludwigplatz Karlsruhe i. B.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, 1. Trepp. — Telefon 1846.
Frühjahrs- und Seiden-Mäntel
Jackenkleider, Röcke, Blusen,
Seiden- und Voile-Kleider :: ::
Konfirmanden- u. Kinderkleider.
Billige Preise Keine Ladenspesen.

Schwarzwurzeln.

Es wurde uns ein Waggon Schwarzwurzeln zugewiesen, die wir zu nachstehenden Ausnahmepreisen verkaufen:
1. Sorte 1.00 RM. pro Pfund.
2. „ 0.90 RM. „ „ „ „
Karlsruhe, den 7. März 1919. 1720
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Galerie Moos
Karlsruhe i. Baden.
Kaiserstrasse 187 L.

Schluss der Sonder-Ausstellung
Prof. R. Hellweg

Sonntag 1722
den 9. März.

Apollo-Theater Karlsruhe

Marienstr. 16

Samstag, den 8., bis einschl. Sonntag, den 16. März

Grosse Ringkampf-Konkurrenz

um den Geldpreis von Mk. 1500.- bar und die Meisterschaft von Baden.

Persönliche Vorstellung der Teilnehmer und Beginn des Kampfes Samstag, den 8. März, abends 8 Uhr. Gemeldet sind bis jetzt 20 erstklassige Meisterringer.

Vor Austragung der Ringkämpfe Jeweils auserwähltes Variété-Programm

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Preise der Plätze einschl. Steuer: Nummerierter Platz 2.50, 1. Platz 2.-, 2. Platz 1.50, Balkon Mk. 2.-, Gallerie 50 Pfennig. Die Direktion.

Anstunft nunsonst bei Schwerhörigkeit

Überlebens, nervösen Verschmers über unsere taubstumm bewährten, patentamtlich geschützten Hörtrichter. Bequem u. unsichtbar zu tragen.

Größe: 1100
König. Anzeigennr. 1100
Sanis Versand München 26 b.

Zeitungsverkäufer, Kolporteurs

auch auf dem Lande, für gangbare politische Massenwerke gesucht.
G. Brög, Karlsruhe-Mühlburg, Geibelfstr. 2a III.

Palast-

Heute neuer Spielplan!

Mamsell Nitouche

Mellnac's weltberühmte Operette in 5 Akten.
Für den Film bearbeitet von Josef Pakots
In der Hauptrolle:

Fla Loth.

Alexander Moissi

und
Kathe Dörich

in
Erborgtes Glück

Filmchauspiel in 4 Akten.
Nach dem Dänischen bearbeitet von Rud. Strauß. 1097

Lichtspiele

Arbeiter sucht bei anständigen Renten

1914
Kost und Loth
zum 15. März, wünschlich Oststadt.
Gefällige Angebote unter 1044 an das „Volkskund“-Büro.

Schöne Nußbäume,

jezt beste Pflanzenzeit. D. Stämme. Stämmchen, stark tragbare; Johannis- u. Stiche beer, Himbeer, Brombeere; Rosen wieder v. r. d. 10 Stück in 10 Sorten, 20 Stück in 20 Sorten, empfehle.
Kloß, Baumschulen, Bruchsal. 16-8

Zum Erdenglück

durch ein naturgemäßes Staatsystem. Jaha tsunzug: Fürsorge f. d. heimatliche Krieger. Grundzug: ein neuen Staatseinrichtung. Der Staat zahlt 'ad. Menschen ein ausreichendes Gehalt auf Lebenszeit. Nur 1/2, dreistündige Arbeitszeit für alle. Ehe o. d. freie Liebe u. N. turche. Fraueneinziehung. u. N. turche. Naturgen. Kindererziehu. etc. Preis 4 Mk. geb. 6 Mk. Porto 30 Pf. In Ver. d. W. Dr. H. H. H. u. z. H. H. H.

Eisenbahntrafiken

in allen Größen zu haben in **Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft** Kronenstrasse 52.

Tüchtige, solide, im Gebieren gewandte 1091

Frauen

zur Anshilfe für Sonntags gesucht.

Meldung beim: **Städt. Arbeitsamt**

Rachabteilung für das Polet- u. Wirtschaftsgewerbe **Jähringerstraße 98** :: Fernsprecher 4961. :: Sonntags geöffnet b 10-12.

Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt 854

Josef Klaus, Uhrmacher, Nappenterrasse 20.

Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei **Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik, Kriegstraße 25.**

Eintrachtsaal Karlsruhe.

Montag, den 10. März, abends 1/8 Uhr:

Konzert

veranstaltet von **Bertha Weill**

Pianistin

Jan van Gorkom

Kammersänger

Else Beck, Begleitung.

Programm:

Klavier: J. S. Bach - Tausig, Beethoven, Chopin, Sofia Monter, P. Tschikowsky, F. Liszt.

Gesang: C. Löwe, Brahms, F. Schubert, Max Schillings, Strauss.

Blüthner-Flügel aus dem Lager **L. Schwelsgut.**

Eintrittskarten zu Mk. 5.-, 4.-, 3.- und 2.- bei **Fr. Doeri, Hofmusikalienhandlung, Kaiserstr. 159** und an der Abendkasse. 1713